

TOGI Newsletter

41 | Frühjahr 2019

In dieser Ausgabe

1	Vorwort	1
2	Neue studentische Mitarbeiter am TOGI	2
3	Fachtagung Verwaltungsinformatik in Münster.....	3
4	Internationales Rechtsinformatik Symposium 2019: Internet der Dinge	3
5	Zweiter Nationaler Aktionsplan OGP	4
6	Zukunftsbild Digitales Österreich 2040-2050	5
7	Publikationen.....	6
8	Vorträge und Diskussionen.....	7
9	Medienspiegel	7
10	Ausblick, Aktivitäten & Termine.....	8
11	Anbieterkennzeichnung / Impressum gem. § 5 TMG (Telemediengesetz)	8

1 Vorwort

Obwohl der [erste nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Open Government Partnership noch in Bearbeitung](#) ist, beginnen bereits die Vorbereitungen für die Konzeptionierung des 2. Nationalen Aktionsplans (2019-21) zur OGP. Bund und Länder sind jetzt aufgerufen, sich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ambitionierte Ziele zu setzen, um ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in Deutschland professionalisiert und nachhaltig zu verankern. In den kommenden Wochen wird es dazu eine [Online-Konsultation](#) und mehrere [Vertiefungsworkshops](#) geben. Alle Interessenten sollen sich aktiv einbringen. Bund und Länder werden bis August 2019 bestimmen, welche Open Government Vorhaben angegangen und finanziell unterstützt werden sollen. Für Baden-Württemberg haben wir mit der OGP-BW erste Vorschläge im November 2018 entwickelt, darunter [der Vorschlag zu einem Open Government-Pakt von Land und Kommunen, die Stärkung sozialer Innovation im Zusammenhang mit smarten Städten sowie ein beherrztes Vorgehen beim Thema Open Data](#). Diese Vorschläge haben wir im Januar 2019 CIO Krebs Stuttgart vorgestellt. Derzeit prüft der [Landes-CIO und sein Team](#) ergebnisoffen, wie ein Engagement des Landes Baden-Württemberg in diesem Kontext aussehen kann.

In den vergangenen Wochen haben wir unsere Forschungsergebnisse zu Smart Government auf der [IRIS 2019 in Salzburg](#) und auf der [FTVI & FTRI 2019 in Münster](#) vorstellen dürfen. Auf dem [Digitalen Staat 2019](#) sind wir Themenpartner und werden neue Impulse aus Friedrichshafen nach Berlin mitnehmen. Mit der [Stadt Ulm](#) und einigen Städten rund um den Bodensee, insbesondere aber Friedrichshafen, Konstanz und Ravensburg, haben wir vor, noch intensiver in die Smart Government Themenwelt einzusteigen. Das [Zukunftsbild Digitales Österreich 2040-2050](#), an dem wir im Spätsommer 2018 mitgewirkt haben, liefert dazu wichtige Denkanstöße. Und für die [Digitalakademie@bw](#) werden wir in den kommenden Wochen geeignete Einsatzmöglichkeiten für künstliche Intelligenz

intensiv untersuchen. Hierzu laden wir Sie auch zu unseren Workshops nach Ulm, Stuttgart und Mannheim im Mai und zum [BarCamp Bodensee](#) im Juni ein. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Impulse.

Mit den besten Grüßen von Bodensee, Jörn von Lucke und das gesamte TOGI-Team

↑ **Zum Anfang** ↑

2 Neue studentische Mitarbeiter am TOGI

Seit Januar 2019 verstärken Valentin Hübner und Antonia Kühne als wissenschaftliche Hilfskräfte das Team am TOGI. Herr Hübner studierte Politikwissenschaft mit Nebenfach Humangeographie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Durch sein Praktikum in einem Bundesministerium wurde das Interesse geweckt, sich im [Master Politics, Administration and International Relations \(PAIR\)](#) an der [Zeppelin Universität](#) tiefergehend mit der Verwaltung und öffentlichen Strukturen auseinanderzusetzen. Im Rahmen von Exkursionen nach [Estland](#) und [Finnland](#) sowie Kursen konnte er erste Erfahrungen im Bereich E-Government und offene Daten sammeln. Passend dazu wird er uns die nächsten Monate im Projekt [Geschäftsfeldentwicklung rund um Geodaten aus staatlicher Sicht](#) unterstützen.



Antonia Kühne ist ebenfalls seit 2018 im [Masterstudiengang PAIR an der Zeppelin Universität](#) eingeschrieben. Im Bachelorstudium studierte Frau Kühne Politikwissenschaften und Geschichte an der Johann-Wolfgang-von-Goethe Universität in Frankfurt. Sie kam mit dem Beginn ihres Masterstudiums in Friedrichshafen erstmals aus wissenschaftlicher Perspektive mit den Themen E-Government und Open Government in Berührung. Praktische Erfahrungen in diesem Bereich konnte sie bereits während ihrer Tätigkeit als Stadtverordnete und als Mitarbeiterin von [Thorsten Schäfer-Gümbel](#) sammeln. In den kommenden Monaten wird Frau Kühne ihr Engagement und Wissen in dieser Fachrichtung ausbauen und vertiefen und dabei das TOGI in Forschung und Lehre tatkräftig unterstützen.

Hans-Joachim von Burchard verstärkt seit März 2019 als studentische Hilfskraft das Team des TOGI in der projektbezogenen Zusammenarbeit mit der Stadt Friedrichshafen. Herr von Burchard studierte seit 2012 VWL und Politikwissenschaften im Bachelor an der Georg-August-Universität zu Göttingen. Nach einem erfolgreichen Abschluss mit einer Thesis zum Thema „Lobbyismus in der Europäischen Union – Eine Bilanzanalyse und Bewertung anhand demokratietheoretischer Aspekte“ machte er zunächst ein 6-monatiges Praktikum beim Verband Deutscher Zeitschriftenverleger. Seit September 2018 studiert Herr von Burchard nun im [Masterstudiengang PAIR an der Zeppelin Universität](#).



Wir freuen uns mit allen drei Studierenden auf eine spannende Zusammenarbeit.

↑ **Zum Anfang** ↑

3 Fachtagung Verwaltungsinformatik in Münster

Auf dem Leonardo-Campus der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster fand am 6. und am 7. März die Fachtagung Verwaltungsinformatik und Fachtagung Rechtsinformatik 2019 statt. Das TOGI war dabei gleich mit fünf Referenten vertreten.

Prof. Dr. Jörn von Lucke präsentierte ein Papier zum Thema „Disruptive Modernisierung von Staat und Verwaltung durch den gezielten Einsatz von smarten Objekten, cyberphysischen Systemen und künstlicher Intelligenz“, in dem er Potenziale und Chancen, aber auch Gefahren und Risiken von Smart Government beleuchtete. Trotz aller Chancen kann Smart Government auch zum Aufbau eines Überwachungsstaats genutzt werden. Andreas Krümtung stellte unter dem Titel „Quo Vadis Open Data?“ eine Übersicht der Geoportale der Länder vor. Dabei bewertete er die Funktionalitäten der Portale sowie der begleitenden Maßnahmen der Verwaltung. Im Vordergrund stand die Frage, wie die Nutzung staatlicher Datenbestände über die reine Bereitstellung hinaus verstärkt und gefördert werden kann. Ilona Benz, Doktorandin am TOGI und Mitarbeiterin des Gemeindetags Baden-Württemberg, berichtete über „Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zur digitalen Zukunftskommune – Das Erfolgsmodell des Gemeindetags Baden-Württemberg“. Valerie Albrecht, Masterstudentin im Studiengang PAIR und wissenschaftliche Hilfskraft am TOGI, präsentierte die Ergebnisse ihrer im vergangenen Jahr am TOGI betreuten Bachelorarbeit zu „Ansätzen für die neue Verwaltungsplattform in Österreich“. Sebastian Witte, ebenfalls PAIR-Masterstudent und ehemaliger studentischer Mitarbeiter am TOGI, stellte das Sozialkreditsystem der Volksrepublik China vor.



↑ [Zum Anfang](#) ↑

4 Internationales Rechtsinformatik Symposium 2019: Internet der Dinge

Auf dem Internationalen Rechtsinformatik Symposium (IRIS) 2019 vom 20. bis 23. März in Salzburg durfte Prof. Dr. Jörn von Lucke die Keynote zum Internet der Dinge halten. Im Rahmen seines Impulses skizzierte er seine Erwartungen zur Fragestellung „Wohin führt uns eigentlich das Internet der Dinge?“. Dabei präsentierte er zahlreiche aktuelle und potenzielle Einsatzmöglichkeiten für das Internet der Dinge im öffentlichen Sektor und zeigte verschiedene Mehrwerte und Chancen, aber auch Gefahren und Risiken auf.

Das Internet der Dinge (IoT) gewinnt zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zunehmend an Bedeutung. Neuartige smarte, also intelligent vernetzte Objekte und cyberphysische Systeme stellen bisherige Abläufe, Prozesse und Vorgehensweisen grundsätzlich in Frage. Die Kombination von sensorgenerierten smarten Daten mit Apps und Diensten, großen Datenanalysen und Anwendungen mit künstlicher Intelligenz eröffnet unter dem Schlagwort «Smart Government» neue Perspektiven für Staat, Verwaltung und Justiz.

Sind diese technischen Möglichkeiten des Internets der Dinge aber gesellschaftlich wirklich wünschenswert? Führt der technische Fortschritt nicht in einen Überwachungsstaat, gerade weil er erhebliche Einsparpotentiale eröffnet und die Informationsbasis verbessert? Welche Handlungsempfehlungen müssen gegeben werden, um die Chancen für Staat und Verwaltung zu nutzen, ohne in einer smarten Überwachung des Alltags und der freien Gesellschaft zu enden?



Die [Präsentation zur Keynote](#) sowie eine [Videoaufzeichnung des Vortrags](#) sind online verfügbar.

↑ [Zum Anfang](#) ↑

5 Auftakt zum zweiten Nationalen Aktionsplan Deutschlands zur OGP

Die Strategiegruppe des Netzwerks Open Government Deutschland traf sich am 15. März 2019 in Berlin, um sich über den Auftakt zur Ausarbeitung des Zweiten Nationalen Aktionsplan der Open Government Partnership auszutauschen und um mögliche Schwerpunkte aus dem Blickwinkel der Zivilgesellschaft herauszuarbeiten. Bereits am 05. März 2019 hatte das Bundeskanzleramt zu einem KickOff-Workshop nach Berlin eingeladen, um über relevante Inhalte zu sprechen.

Der gemeinsame Austausch am 15. März war sehr fruchtbar. Die Strategiegruppe, in der neben Prof. Dr. Jörn von Lucke auch Dr. Ansgar Klein, Gabriele Klug, Wolfgang Palmetshofer, Michael Peters und Oliver Rack und Gerald Swarat mitwirken und die sich auf die Interessen der Zivilgesellschaft fokussiert, formulierte mit Blick auf die bisherigen Ergebnisse und die Ankündigungen dabei [den folgenden Impuls](#):

„Wir als Strategiegruppe des Netzwerks Open Government begrüßen den Auftakt zur Erarbeitung eines zweiten Nationalen Aktionsplans Deutschlands im Rahmen der Open Government Partnership (OGP). Wir verstehen uns als aktiver Teil des internationalen OGP Netzwerks. Damit dieser Prozess von Bund und Ländern ein nachhaltiger Erfolg wird und in zwei Jahren in der Bundesrepublik ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in Zeiten der Digitalisierung dauerhaft verankert sein wird, müssen ambitionierte Ziele gesetzt, eine Professionalisierung verfolgt und die Finanzierung in Verwaltung und Zivilgesellschaft gesichert sein. Im internationalen Wettbewerb der Ideen und guten Praxis brauchen wir Open Government Leuchttürme, die unserer Verantwortung als Industrienation, Demokratie und offene Gesellschaft mehr als gerecht werden. Bei der Gestaltung benötigen wir das Engagement und die Expertise von Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Der Erste Nationale Aktionsplan (1NAP #OGPDE: 2017-19) ist wichtig. Er bleibt aber hinter den Erwartungen zurück. Die Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Beteiligung wurden bei Weitem nicht ausgeschöpft. Koordination, Kommunikation und Dissemination müssen substantiell verbessert werden, um die Ziele einer effektiven Beteiligung der Zivilgesellschaft und die gemeinsame Gestaltung (Co-Creation) zu verankern. Erforderlich ist eine ressort- und ebenenübergreifende Geschäftsfeldentwicklung der verschiedenen Themenfelder eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns. Im Zweiten Nationalen Aktionsplan (2NAP #OGPDE: 2019-21) müssen aus staatlicher und aus zivil-

gesellschaftlicher Sicht die Potentiale gezielt erschlossen und schrittweise realisiert werden. Schließlich werden die Länder und die Kommunen erstmals eingebunden. All dies erfordert Verbindlichkeiten und Regeln der gemeinsamen Arbeit und eine neue, offene Regierungskultur.

Technologie, Organisation, Prozesse und Recht bieten heute bereits zahlreiche Möglichkeiten, die für einen systematischen, transparenten und partizipativen Diskurs genutzt werden können. Mit Blick auf den Koalitionsvertrag und Erwartungen zivilgesellschaftlicher Akteure empfehlen wir eine systematische Weiterentwicklung des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Ein professionelles Open Data Management schafft die Voraussetzungen für den Ausbau des nationalen Datenraums und den Anspruch, internationaler Vorreiter zu werden. Künstliche Intelligenz, smarte Städte und autonome Systeme benötigen vielfältige offene Daten als Grundlagen, um zu verstehen, um zu lernen und um selbst mit deren Unterstützung hervorragende Lösungen zu entwickeln.

Ebenso anvisiert werden müssen eine verlässliche und zugangsoffene Bürgerbeteiligung, eine bessere Rechtsetzung, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie die Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement. Digitale Nachhaltigkeit und nachhaltige Digitalisierung sind aktuelle Pflichtthemen zur Strukturierung unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Vertrauensbildend und demokratieverstärkend wirken zuverlässige Transparenz und verständliche Rechenschaftslegung, auch wenn dies wie bei einem Lobbyregister, dem legislativen Fußabdruck oder einem Transparenzgesetz mit Mehraufwänden verbunden ist. Bund, Länder und Kommunen profitieren von einem ebenenübergreifenden, offenen Innovationsmanagement, das auf den Impulsen und Prozessen des zweiten Aktionsplans aufsetzt. All dies setzt eine dauerhafte Verankerung digitaler Kompetenzen in Behörden, Vereinen und in zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen voraus.“

Mittlerweile hat das Bundeskanzleramt über das neue Portal [Open-Government-Deutschland.de](https://www.open-government.de) Hintergrundinformationen zu Open Government, zur OGP-Teilnahme Deutschlands und zum Konsultationsprozess zum 2. Nationalen Aktionsplan (#2NAP) bereitgestellt. In den kommenden vier Wochen wird es bis zum 26. April 2019 eine offene Online-Konsultation geben. Zudem werden am 09.04.2019, am 09.05.2019 und am 15.05.2019 noch drei Vertiefungsworkshops in Berlin durchgeführt, für die man sich direkt bei den Veranstaltern anmelden muss. Ab Mai 2019 beginnt dann die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung sowie jene in den Bundesländern, um im August 2019 einen zweiten nationalen Aktionsplan mit ambitionierten Verpflichtungen der Bevölkerung zu präsentieren.

↑ **Zum Anfang** ↑

6 Zukunftsbild Digitales Österreich 2040-2050

Im Sommer des vergangenen Jahres war Prof. Dr. Jörn von Lucke an der Erarbeitung des Projektes „[Zukunftsbild Digitales Österreich 2040-2050](#)“ beteiligt. Die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Dr. Margarete Schramböck lud am 22. und 23. August 2018 mehr als 60 Experten nach Niederösterreich ein, um in der Donau-Universität Krems an einem zweitägigen Workshop teilzunehmen. Dort erarbeiteten Fachkundige aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, darunter auch Prof. Dr. Jörn von Lucke, in zehn verschiedenen Themenfeldern je ein Zukunftsbild mit Herausforderungen, Chancen und Forderungen an die Politik für ein lebenswertes, demokratisches und digitales Österreich 2040-2050. Prof. von Lucke beschäftigte sich in seiner Arbeitsgruppe mit der Zukunft des Themenfeldes Verwaltung und öffentlicher Dienst. In den zwei Tagen kamen zahlreiche spannende Vorschläge zusammen, die es in den kommenden Jahren weiter zu vertiefen gilt:

Das gemeinsam entwickelte Zukunftsbild für die öffentliche Verwaltung, so Prof. von Lucke, setzt auf eine durch die Digitalisierung geprägte Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung, ihrer Struktur und ihrer Kernaufgaben bis 2050: Digitale Identitäten von Bürgern, Unternehmen, Objekten der öffentlichen Verwaltung und von autonom handelnden Softwareartefakten im Rahmen künstlicher Intelligenz werden sich auf staatlich bereitgestellten digitalen Infrastrukturen und Plattformen bewegen. Die Republik Österreich wird das Ziel einer nutzerzentrierten unsichtbaren Verwaltung erreichen und dazu auf E-Government-Basisdienste setzen. Neue Ausbildungsprofile des Verwaltungspersonals haben diese Transformation maßgeblich ermöglicht. Die elektronische und automatisierte Erfassung von vorhandenen Daten bildet die Grundlage für österreichische Daten-Marktplätze. Die gespeicherten und aufbereiteten Daten werden von Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Justiz genutzt. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz in Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz wird transparent gekennzeichnet. Mit Monitoring-Mechanismen werden KI-basierte Vorschläge, Entscheidungen und hoheitliche Eingriffe nachverfolgbar protokolliert. Intelligent vernetzte Sensoren und smarte Objekte werden in urbane, vernetzte Datenräume eingebunden. Diese erlauben die Auswertung der erfassten Daten durch Verwaltung und Wirtschaft nahezu in Echtzeit. Zusätzlich gibt es einen als "Smart Law" bezeichneten digitalen Zwilling aller kodifizierten Gesetze, also ein Expertensystem, in dem alle Gesetzestexte so codiert wurden, dass Rechner und auch Systeme mit künstlicher Intelligenz die Absichten des Gesetzgebers vollumfänglich verstehen und Gesetze regelbasiert umsetzen und ausführen können. Smart Law verbessert auch das Gesetzgebungsverfahren, denn das System hilft auch bei der Bewertung von Regelungsalternativen durch umfassende Gesetzesfolgenabschätzungen.

Durchgeführt wurde die Vor- und Nachbereitung aller Workshops in Kooperation mit der [Donau-Universität](#), [Fraunhofer FOKUS](#) und [msg systems Österreich](#). Nach einer ersten Auswertung der Ergebnisse wurden die Experten zu den Schlüsselthemen und -technologien befragt, sodass neben wichtigen Fragen und Anregungen für die Politik auch Szenarien für die digitale Zukunft Österreichs entwickelt werden konnten. Unsere studentische Mitarbeiterin Valerie Albrecht verstärkte im Rahmen dieses Projekts das Team der Donau-Universität Krems.

↑ **Zum Anfang** ↑

7 Publikationen

Jörn von Lucke

- | Smart Government, in: Margrit Seckelmann (Hrsg.): Digitalisierte Verwaltung - Vernetztes E-Government, 2. völlig neu bearbeitete Auflage, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2019, S. 81-106. ISBN: 978-503-181-391. ([Überblick](#))
- | Kommentar – Nehmt die Sorgen vor einer Verschiebung der föderalen Struktur durch das OZG ernst!, in: Behörden Spiegel, Nummer I, 35. Jahrgang, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Berlin und Bonn 2019, S. 5. ISSN 1437-9337. ([Gesamtausgabe](#), [Online](#)).
- | Wohin führt uns eigentlich das Internet der Dinge?, in: Erich Schweighofer, Franz Kummer und Ahti Saarenpää (Hrsg.): Internet of Things, Tagungsband des 22. Internationalen Rechtsinformatik Symposions, Editions Weblaw, Bern 2019, S. 19-26. ISBN: 978-3-96443-724-2. ([Online](#))
- | Disruptive Modernisierung von Staat und Verwaltung durch den gezielten Einsatz von smarten Objekten, cyberphysischen Systemen und künstlicher Intelligenz, in: Michael Räckers, Sebastian Halsbenning, Detlef Rätz, David Richter und Erich Schweighofer (Hrsg.): Digitalisierung von Staat und Verwaltung - Gemeinsame Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) und Fachtagung

Rechtswissenschaften (FTRI) 2019, GI-Edition, Lecture Notes, Band P-291, Gesellschaft für Informatik, Bonn 2019, S. 49 - 61. ISBN: 978-3-88579-685-5. ([Online](#))

| Verantwortungsvolle Aufgabe: Digitale Kommune, in: Behörden Spiegel Newsletter, Ausgabe 938, ProPress Verlag, Berlin und Bonn 2019, S. 11. ISSN 1867-1993. ([Online](#))

| Im Rahmen der Strategieguppe des Open Government Netzwerk Deutschland: Jetzt durchstarten – Impulse zum Zweiten Nationalen Aktionsplan, Open Government Netzwerk Deutschland, Berlin 2019. ([Online](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

8 Vorträge und Diskussionen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

| Wohin führt uns eigentlich das Internet der Dinge? Keynote auf dem 22. Internationalen Rechtswissenschaften Symposium, Salzburg 22.02.2019. ([Foliensatz](#), [Video](#) und [Vortrag](#))

| Disruptive Modernisierung von Staat und Verwaltung durch den gezielten Einsatz von smarten Objekten, cyber-physischen Systemen und künstlicher Intelligenz, FTVI & FTRI 2019, Münster 06.03.2019. ([Foliensatz](#))

| KI-basiertes Smart Government, Ringvorlesung: Ökonomie der künstlichen Intelligenz, Zeppelin Universität, Friedrichshafen 21.03.2019.

Andreas Krümmung

| Quo Vadis Open Data? Planlose Öffnung von Datenbeständen der Verwaltung oder Aktivierung gesellschaftlicher Potenziale am Beispiel von Geoportalen der Länder, FTVI & FTRI 2019, Münster 07.03.2019. ([Foliensatz](#))

| Quo Vadis Open Data – Geoportale von Bund und Ländern auf dem Prüfstein, FOSSGIS 2019, Dresden 14.03.2019. ([Video](#))

Valerie Albrecht

| Ansätze für eine neue Verwaltungsplattform in Österreich, Die digitale und mobile Bereitstellung von Verwaltungsleistungen über oesterreich.gv.at, FTVI & FTRI 2019, Münster 06.03.2019. ([Foliensatz](#))

Sebastian Witte

| Das Sozialkreditsystem in der Volksrepublik China, FTVI & FTRI 2019, Münster 07.03.2019. ([Folien](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

9 Medienspiegel

| Claudia Wörner: Transparenter Staat ohne gläserne Bürger, in: Südkurier, 17. Januar 2019, Heft 14, S. 28 FNS, Konstanz/Markdorf 2019. ([Online](#))

| Verena Barth: Open Government: Zweiter Nationaler Aktionsplan in Arbeit, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, K21 Media AG, Esslingen 2019. ([Online](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

10 Ausblick, Aktivitäten & Termine

- | 02. - 03. April 2019 Digitaler Staat, Berlin ([Webseite](#))
- | 09. April 2019 OGP-Workshop, Berlin ([Webseite](#))
- | 08. - 09. Mai 2019 ADV-Tagung in Fulda ([Webseite](#))
- | 09. und 15. Mai 2019 OGP-Workshop, Berlin ([Webseite](#))
- | 17. Mai 2019 MobDigDat Doktorandenkolloquium an der ZU
"Datengovernance für Digitalmobilität" ([Call For Papers](#))
- | 13., 14. und 20 Mai 2019 Workshops zu Künstlicher Intelligenz im öffentlichen Sektor
in Mannheim, Ulm und Stuttgart ([Webseite](#))
- | 27. - 29. Mai 2019 Zukunftskongress Staat und Verwaltung, Berlin ([Webseite](#))
- | 29. - 30. Juni 2019 Barcamp Bodensee, ZU/TOGI, Friedrichshafen ([Webseite](#))
- | 01. Juli 2019 Smart Government und bürgergetriebene Innovation,
Internationaler Städtebund Bodensee, Bregenz ([Webseite](#))
- | 02. - 05. September 2019 EGOV-CeDEM-ePart 2019, San Benedetto ([Webseite](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

11 Anbieterkennzeichnung / Impressum gem. § 5 TMG (Telemediengesetz)

Anschrift

Zeppelin Universität Friedrichshafen gemeinnützige GmbH

Prof. Dr. Jörn von Lucke

The Open Government Institute | TOGI

Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik

Am Seemooser Horn 20

88045 Friedrichshafen, Deutschland

Kontakt

Telefon | 00 49 7541 6009-1471

Fax | 00 49 7541 6009-1499

e-Mail | joern.vonlucke@zu.de

Web | <http://togi.zu.de>

Vertreten durch die Geschäftsführer: Prof Dr Insa Sjurts (Sprecherin) | Matthias Schmolz

Registergericht: Amtsgericht Ulm, Register-Nr.: HRB 63 2002

Umsatzsteuer Identifikationsnummer (USt-Ident-Nr.): DE229010877

Soweit der Dienst im Rahmen einer Tätigkeit angeboten oder erbracht wird,
die der behördlichen Zulassung bedarf, erfolgen Angaben zur zuständigen Aufsichtsbehörde:
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Stuttgart.

Datenschutzbeauftragter: Michael Haller, machCon GmbH, michael.haller@machcon.de.

Inhaltlich verantwortlich gem. § 55 Abs. 2 RfStV: Prof. Dr. Jörn von Lucke (Anschrift siehe oben)

Streitschlichtung: Die Europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbeilegung (OS) bereit:
<https://ec.europa.eu/consumers/odr>. Wir sind nicht verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer
Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

Abbestellungen des Newsletters erfolgen einfach per Email an Jan Etscheid (jan.etscheid@zu.de)